

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 26. März 1959

Nummer 13

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte März 1959

Die internationale Situation

Die Sicherung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums im internationalen Rahmen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Als die einzelnen Länder mit der Liberalisierung des Warenhandels und dem Übergang zur Ausländerkonvertibilität im europäischen Wirtschaftsraum einander wirtschaftlich näherrückten, wurden auch die Auswirkungen binnenwirtschaftlicher Vorgänge auf die Handelspartner unmittelbarer. Bei der Analyse des internationalen Konjunkturgeschehens richtet sich daher heute der Blick in verstärktem Maße auf die Volkswirtschaften, die dank ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Größe zwangsläufig entscheidend den weltwirtschaftlichen Ablauf beeinflussen. Die innerwirtschaftlichen Vorgänge in den wichtigsten führenden Ländern der Welt sind dabei keineswegs ermutigend.

Die wirtschaftliche Belegung in den Vereinigten Staaten von Amerika hat angehalten. Das Sozialprodukt dürfte in den ersten Monaten dieses Jahres 1959 nominal sowie real neue Höchstwerte erreicht haben. Wenn die weitere Entwicklung trotzdem mit einiger Skepsis beurteilt werden muß, so aus dem Grunde, weil die Faktoren, die die bisherige Erholung ermöglichten, an Intensität eingebüßt haben und sich neue Auftriebskräfte, die Träger künftigen wirtschaftlichen Wachstums sein könnten, noch nicht klar abzeichnen.

So wird insbesondere mit der Ausgabengestaltung der Bundesregierung in den verbleibenden Monaten des laufenden Finanzjahres und darüber hinaus im nächsten, am 1. Juli beginnenden Finanzjahr nur noch eine geringe Zunahme der Nachfrage nach Gütern und Diensten verbunden sein. Hinzukommt, daß auf Grund der Wirtschaftsbelegung die Einnahmen der Öffentlichen Hand wieder steigende Tendenz haben, was bereits seit einiger Zeit in einem Rückgang des Defizits der Öffentlichen Hand Ausdruck findet. Auch wenn es nicht gelingen sollte, den Haushalt im nächsten Finanzjahr auszugleichen, so werden doch der Wirtschaft über die Kassengebarung der Bundesregierung in den kommenden Monaten weniger Mittel zufließen, so daß sich der Verflüssigungsprozeß nur noch abgeschwächt fortsetzen wird.

Im Bereich der privaten Investitionen haben die Aufwendungen für den Wohnungsbau weiterhin zugenommen, und die Kreditzusagen lassen auch in den nächsten Monaten noch ein hohes — etwa auf dem Stand des Jahres 1955 liegendes — Bauvolumen erwarten. Zusätzliche, ins Gewicht fallende Impulse auf

Beschäftigung und Einkommen werden vom Wohnungsbau jedoch kaum noch ausgehen. Ebenso wenig läßt die Investitionsneigung der Unternehmer, die noch kaum wieder zugenommen hat, ein schnelles Ansteigen der Investitionsausgaben erwarten. Ist auch ein gewisser Lageraufbau wahrscheinlich, so wird er aber voraussichtlich durch die Entwicklung des Endabsatzes bestimmt werden, zumal sich die Zunahme des Auftragsbestandes schon wieder verlangsamt hat.

Unter diesen Umständen wird sich auch die Steigerung der verfügbaren Einkommen abschwächen, wenn auch mit einer leichten Erhöhung des Beschäftigungsvolumens und der Stundenlöhne gerechnet werden kann. Zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums könnten die Verbraucher nur dann beitragen, wenn sie ihre Spartätigkeit einschränken würden. Hierfür liegen aber keinerlei Anhaltspunkte vor.

Trotz der noch immer unzureichenden Auslastung der Produktionsfaktoren haben sich im industriellen Bereich auf breiter Front — wenn auch im einzelnen nur geringfügige — Preiserhöhungen durchzusetzen vermocht. Der Großhandelspreis für industriell erzeugte Güter lag Ende Januar / Anfang Februar 1959 um knapp 2 vH über dem im konjunkturellen Tief erreichten Stand. Die Überwälzung der Kostensteigerungen auf die Konsumentenpreise ist ebenfalls seit geraumer Zeit im Gange. Wenn sich die Verteuerung der industriell erzeugten Verbrauchsgüter noch nicht in den Lebenshaltungskosten niedergeschlagen hat, so deshalb, weil der Rückgang der Lebensmittelpreise seit Mitte vorigen Jahres die Preissteigerungen sowohl bei den Verbrauchsgütern als auch bei den Dienstleistungen kompensiert hat. Damit blieb die Optik annähernder Preisstabilität gewahrt. Jedoch wird schwerlich ein stetiger Preisrückgang bei den Nahrungsmitteln unterstellt werden können. Um Preisstabilität im Bereich der Lebenshaltung zu verwirklichen, wäre es vielmehr erforderlich, daß die industriell erzeugten Güter Preisenkungen aufweisen, die groß genug sind, um die Verteuerung der Dienstleistungen, die sich zwangsläufig aus den geringeren Produktivitätsfortschritten bei steigendem Lohnrend ergibt, auszugleichen. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch erneut, daß ein derartiges Preisverhalten der Industrie nicht angenommen werden darf. Die Industriezweige mit hohen Produktivitätsfortschritten, denen bei vernünftiger Lohnpolitik Preissenkungen durchaus zuzumuten wären, werden im Aufschwung häufig zu den gut beschäftigten Branchen oder zumindest zu den Branchen mit steigendem Umsatz zählen. Ein Preisnachlaß würde demnach

einen Verzicht auf möglichen Gewinn bedeuten, eine Forderung, die sich mit dem privatwirtschaftlichen Prinzip der Gewinnmaximierung kaum vereinen läßt. Auch wenn Industriezweige mit hohen Produktivitätsfortschritten nicht zu den durch einen Aufschwung begünstigten Bereichen gehören, werden sie sich aber kaum zu Preisnachlässen veranlaßt sehen, weil die Preiselastizitäten der Nachfrage in den meisten Fällen zu gering sind, um eine Gewinnsteigerung zu garantieren. Der Versuch einzelner Unternehmen, den eigenen Marktanteil durch Preiskonzessionen zu erweitern, dürfte zudem in all den Wirtschaftsbereichen wenig reizvoll erscheinen, in denen das System der Preisführerschaft anerkannt ist oder die rigorose Ausnutzung von Kostenvorteilen die Unternehmen mit den Anti-Trust-Gesetzen in Konflikt zu bringen droht. Die jüngsten amerikanischen Erfahrungen lassen somit kaum Hoffnung, daß Preisstabilität in der Phase wirtschaftlicher Erholung bei reichlich vorhandenen Reserven der Produktionsfaktoren gewährleistet ist.

In Großbritannien, das sich von dem leichten konjunkturellen Rückschlag im Jahre 1958 bereits gegen Ende des Jahres erholt hatte und dessen Industrieproduktion im letzten Quartal 1958 saisonbereinigt um rund 2 vH gestiegen war, scheinen sich die Auftriebskräfte schon wieder erschöpft zu haben. Die Industrieproduktion nahm saisonbereinigt sowohl im Dezember 1958 als auch im Januar dieses Jahres nicht mehr zu. Die durch die Aufhebung der Konsumentenkreditbeschränkungen im Herbst vorigen Jahres ausgelöste Nachfragebelebung, die zu der leichten Produktionszunahme im vierten Quartal 1958 führte, hat sich bereits wieder so stark abgeschwächt, daß sie kaum noch die von anderen Bereichen ausgehenden kontraktiven Auswirkungen auszugleichen vermag. Allerdings wird die Neigung zu Konsumentenkäufen gegenwärtig auch dadurch gedämpft, daß allgemein mit einer weiteren Umsatzsteuerermäßigung für das Finanzjahr 1959/60 gerechnet wird. Im privaten Investitionsbereich scheint nur der Wohnungsbau durch die Krediterleichterungen, die jetzt auch zu einer Verbilligung der Hypothekenkredite geführt haben, etwas angeregt zu werden. Dagegen dürften die gewerblichen Anlageinvestitionen in diesem Jahr eher schrumpfen.

Unter diesen Umständen fällt dem Staat die Hauptlast bei der Überwindung der gegenwärtigen konjunkturellen Lethargie in Großbritannien zu. Für das laufende Jahr ist sowohl eine Erhöhung der staatlichen Investitionen als auch der laufenden staatlichen Ausgaben geplant. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß diese Maßnahmen allein ausreichen werden, ein befriedigendes wirtschaftliches Wachstum in Gang zu bringen; vielmehr dürften zusätzliche Steuererleichterungen nötig werden, um die private Investition und den privaten Verbrauch zu beleben. Die Furcht vor einer Vergrößerung des Defizits im Gesamthaushalt könnte allerdings bewirken, daß auf durchgreifende steuerpolitische Maßnahmen verzichtet wird. Da gegenwärtig der Produktionsapparat nicht voll ausgelastet ist, die Arbeitskraftreserven für die Nachkriegszeit einen Höchststand aufweisen und ein Leistungsbilanzüberschuß erwirtschaftet wird, der eine kräftige Auffüllung der Gold- und Devisenreserve ermöglicht hat, wäre ein Verzicht auf eine expansivere Finanzpolitik kaum zu rechtfertigen, zumal damit nicht unbedingt eine Erhöhung des Haushaltsdefizits verbunden zu sein braucht.

Westdeutschland

Im Gegensatz zur Situation vor einem Jahr sind die witterungsbedingten, d. h. saisonalen Voraussetzungen für ein frühzeitiges Wirksamwerden der im Frühjahr üblichen Auftriebskräfte in diesem Jahr durchaus günstig. Der bisher wichtigste Träger der Konjunktur, die Bauwirtschaft, dürfte im Verlauf der Frühjahrsmonate mit hoher Wahrscheinlichkeit schnell wieder an den im Herbst erreichten Produktionsstand heran-

kommen. Hierfür sprechen sowohl der verhältnismäßig hohe Bestand an noch nicht fertiggestellten Bauten, als auch die erheblich verbesserten Finanzierungsbedingungen und die reichlichen Aufträge, die insbesondere für den Wohnungsbau vorliegen. Damit dürfte das Fortbestehen der von der Bauwirtschaft auf die Zulieferindustrie und den Verbindungshandel ausgehenden anregenden Impulse gesichert sein.

Ob diese Impulse allerdings stark genug sein werden, um auch die übrigen Bereiche der Erzeugung, also vor allem die Industrie, vor der Gefahr einer weiteren konjunkturellen Verlangsamung ihres nur noch mäßigen Fortschritts zu bewahren, ist vorerst noch eine offene Frage.

Die industrielle Gesamterzeugung hat in den ersten Monaten dieses Jahres einen stärker als saisonüblichen Einbruch in ihr Produktionsniveau hinnehmen müssen, nachdem sie bis Ende 1958 noch eine von Quartal zu Quartal steigende leichte konjunkturelle Zunahme aufgewiesen hatte. Auch dieser leichte Aufwärtstrend der gesamten Industrieproduktion im Jahre 1958 konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß einmal die Spaltung in konjunkturell bevorzugte und konjunkturell benachteiligte Erzeugungsbereiche sich ständig vertieft hat und daß zum anderen im Rahmen dieser gespaltenen Konjunktur die Erzeugungskapazitäten schneller gewachsen sind als (zu den gegebenen Preisen) die Nachfrage und damit der Absatz, der diese wachsenden Kapazitäten optimal auslasten sollte.

Durch starke Erzeugungseinschränkungen, so vor allem in der eisenschaffenden Industrie, die zum Teil auch mit Preissenkungen, so in der Textilindustrie, Hand in Hand gingen, ist die Bereinigung der Absatzkrise in diesen Bereichen eingeleitet worden. Der gerade in den vergangenen Monaten ungewöhnlich starke kontraktive Anpassungsprozeß in den vorgenannten Bereichen spricht für die Vermutung, daß weitere Einbrüche in der bisher verzeichneten Größenordnung nicht mehr zu registrieren sein werden. Vielmehr bestehen hier Aussichten dafür, daß durch den bereits seit geraumer Zeit stattfindenden und zum Teil schon beendeten Abbau von störend zwischen Verbrauch und Erzeugung stehenden überhöhten Lagerbeständen sich auf tieferem Erzeugungsniveau eine fühlbare Entlastung der Angebotsseite durchsetzen wird. Von einer erneuten Expansion, die über den einmal erreichten niedrigeren Produktionsstand hinausführt, sind indessen diese Bereiche nach wie vor weit entfernt.

Wirksame Ansätze zu einer Bereinigung der Absatzkrise des dritten Krisenbereiches, des Kohlenbergbaus, sind leider noch nicht sichtbar geworden. Die Anpassung der Förderung an den nicht zuletzt auch aus strukturellen Gründen gesunkenen Verbrauch hat bisher nur geringe Fortschritte gemacht, und die Halden sind, wenn auch in verlangsamtem Tempo, weiter gewachsen. Für diesen Bereich sind auch die Zukunftsaussichten, jedenfalls unter kurzfristigen Aspekten, so lange wenig verheißungsvoll, wie der wichtigste Kohle-Verbraucher, nämlich die Eisen- und Stahlindustrie, die Phase der Anpassung selbst noch nicht abgeschlossen hat und daher, wie bereits betont, von einer erneuten beschleunigten Expansion noch weit entfernt ist.

Angesichts dieser labilen und zum Teil anhaltend prekären Situation innerhalb wichtiger Bereiche der industriellen Erzeugung erscheint daher nach wie vor die Frage berechtigt, ob die wenigen, in ihrem Gewicht allerdings bedeutungsvollen Expansionsfaktoren der Gesamtkonjunktur tatsächlich stark genug sind und sein werden, um die allgemeine wirtschaftliche Aktivität auf einem solchen Niveau zu halten, daß allgemeine Schrumpfungprozesse für die nächste Zukunft unwahrscheinlich sein werden. Die zweite Frage wäre die, ob die vorhandenen Expansionsfaktoren, was ihre Quellen, vor allem aber auch, was ihre Wirkung auf

die beiden wichtigsten Gesamtaggregate, Investition und Verbrauch, anbetrifft, nicht zu einseitig zugunsten der Investitionen und zu wenig zugunsten des Verbrauchs effektiv geworden sind, und ob diese ungleichgewichtige Verteilung in der Tendenz nicht auch weiter andauern wird. Die Entwicklung der Investition war bisher — auch bei Ausklammerung der ungewöhnlich starken Baukonjunktur — durchaus befriedigend, denn auch die Ausrüstungsinvestitionen im industriellen Bereich hatten bisher einen immer noch leicht aufwärts gerichteten Trend. Die Entwicklung des privaten Verbrauchs zeigte zwar ebenfalls positive Wachstumsraten, die im letzten Quartal des vergangenen Jahres sogar eine leichte Verstärkung des Verbrauchs indizierten, aber auch diese positive Entwicklung reicht offenbar nicht aus, um die insgesamt stark gewachsenen Angebotsmöglichkeiten der Erzeugung, selbst bei leicht sinkenden Preisen, effektiv werden zu lassen.

Eine ausgeglichene Verteilung der den Investitions- und Verbrauchszuwachs bestimmenden konjunk-

turellen Kräfte zugunsten des Verbrauchs wäre somit erwünscht. Eine Förderung der gewerblichen Investition über die bereits gebotenen Möglichkeiten hinaus wäre dagegen unter den gegenwärtigen konjunkturellen Bedingungen kaum zu empfehlen, solange die Zunahme der Kapazitäten der Zunahme der Einkommen voraneilt.

Sollte sich trotz der jetzt wirksam werdenden bzw. schon gewordenen saisonalen Auftriebskräfte der konjunkturelle Beitrag zum allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt als zu gering erweisen, um auch nur das gegenwärtige bescheidene Fortschritts-tempo zu halten, dann müßten allerdings wirtschaftspolitische Förderungsmaßnahmen ergriffen werden, deren Wirkung nicht nur auf die ohnehin bevorstehende Verstärkung von Investitionen mit geringem Kapazitätseffekt (Straßenbau, Bundesbahn, soziale Investitionen wie Schulen, Krankenhäuser usw.), sondern vor allem — über autonome Einkommenserhöhungen — auf eine Förderung des privaten Verbrauchs hinzielen müßte.

Entwicklungstendenzen im mitteldeutschen Außenhandel

Die Angaben zum Außenhandelsplan für 1959 — hier einschließlich Interzonenhandel verstanden — sind noch spärlicher und ungenauer als in früheren Jahren. Die Gesamtumsatzsteigerung ist mit 10,7 vH geplant und entspricht ziemlich genau der Steigerungsrate für die industrielle Bruttoproduktion zu Planpreisen und für das effektive Nationaleinkommen. Dabei wird eine beträchtliche Steigerung der Rohstoffimporte erwähnt, die angesichts der bisher äußerst knappen Materialversorgung für die gesamte Wirtschaftsentwicklung von erheblicher Wichtigkeit sein wird. Die Möglichkeit hierzu ergibt sich jedoch nicht aus der Wirtschaftsentwicklung allein, sondern geht vornehmlich auf den Verzicht der Sowjetunion an weiteren Stationierungskosten zurück, wodurch eine Einsparung von Lebensmittelimporten für die Besatzungsgruppe in Höhe von etwa 600 Mill. Rubel ermöglicht werden soll.

Der Export soll im Jahre 1959 auf 8,05 Mrd. DMO steigen und ist hier anscheinend zu inländischen Betriebspreisen (Industrieabgabepreise ohne Produktionsabgaben) bewertet. An keiner Stelle jedoch wurde bisher angedeutet, wie hoch sich der Export nach diesem Bewertungsmodus in früheren Jahren gestellt hat, so daß auch nicht angegeben werden kann, welchen Umfang die Exportsteigerung im Jahre 1959 haben soll. Angaben aus dem Jahre 1956, nach denen der damalige Devisenerlös von 5,63 Mrd. Rubel Lieferungen in Höhe von 5,73 Mrd. DMO zu Betriebspreisen entsprach, lassen darauf schließen, daß im Jahre 1956 Rubel und DMO etwa 1 : 1 bewertet werden konnten, während der offizielle Umrechnungskurs bekanntlich 1 DMO : 1,8 Rubel beträgt. Seit 1956 werden sich aber sowohl die Betriebspreise wie auch die beim Export erzielten Verkaufspreise geändert haben, und möglicherweise ist gerade die Unsicherheit über die bei der Ausfuhr erzielbaren Preise der Grund für die ungenauen Angaben zum Plan für das Jahr 1959. Vermutlich wird aber das Verhältnis von Export zu Import nicht viel anders liegen als im Vorjahre. Zur Deckung der Nebenkosten des Warenverkehrs ist immer ein gewisser Devisenüberschuß der Warenbilanz nötig. Dieser Devisenbedarf wird sich aber trotz der Angabe, daß 1958 bereits 21 vH aller Exporte und Importe auf eigenen Schiffen befördert werden konnten, noch nicht entscheidend vermindert haben.

Im einzelnen wird zur Exportentwicklung eine Exportzunahme von Gütern der metallverarbeitenden Industrie um 14 vH und von solchen der chemischen Industrie um 11,2 vH genannt, Zahlen, die ziemlich genau der für die Produktionsentwicklung dieser In-

dustriezweige vorgesehenen Zuwachsrate entsprechen. Da andere Industriezweige nicht erwähnt werden, sind hier möglicherweise die erwarteten Zuwachsraten geringer. Bei dem hohen Anteil der metallverarbeitenden Industrie kann das eine merkbare Strukturverschiebung bedeuten.

Außenhandelsumsätze der SBZ 1955 — 1959
in Mrd. Rubel

	1955	1956	1957	1958	1959 Plan
Ausfuhr					
„Sozialistische“ Länder	3 761	4 171	5 438	5 800	.
„Kapitalistische“ „	806	843	986	954	.
Interzonenhandel . . .	546	616	819	808	.
Gesamt	5 113	5 629	7 243	7 562	8 400
Einfuhr					
„Sozialistische“ Länder	3 313	3 853	4 626	4 767	.
„Kapitalistische“ „	854	897	1 101	1 173	.
Interzonenhandel . . .	524	585	736	800	.
Gesamt	4 691	5 335	6 462	6 740	7 400
Umsatz					
„Sozialistische“ Länder	7 074	8 024	10 064	10 567	.
„Kapitalistische“ „	1 660	1 739	2 087	2 127	.
Interzonenhandel . . .	1 070	1 201	1 554	1 608	.
Gesamt	9 804	10 964	13 705	14 302	15 830
Quelle: 1955 — 1957 Statistisches Jahrbuch der DDR; 1958 — 1959 Planberichterstattung; ferner Angaben in „Der Außenhandel und der Innerdeutsche Handel“ 1959, Heft 4/5 (Zahlen zumeist errechnet). Kleine Differenzen ergeben sich aus der Abrundung der Zahlen.					

Für die vorangegangenen Jahre zeigt die Außenhandelsstatistik eine erhebliche Ausweitung des Außenhandels. Die Umsatzzunahme hat 1956 11,9 vH, 1957 25 vH und 1958 4,4 vH betragen. Anders als für 1959 vorgesehen, ist die Umsatzentwicklung nicht parallel zur Entwicklung des Produktionsvolumens (Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion zu Planpreisen 1956 6,2 vH, 1957 7,7 vH, 1958 10,9 vH) verlaufen. Sie ist in den Jahren 1956 und 1957 erheblich stärker gewesen als die Entwicklung des Produktionsvolumens, im Jahre 1958 jedoch beträchtlich hinter ihr zurückgeblieben. Zur Exportsteigerung des Jahres 1958 um 4,4 vH wird erläutert bemerkt, daß die niedrige Zuwachsrate mit Strukturverschiebungen und Preisänderungen zusammenhängt und daß sich die

Exporte wie die Produktion volumenmäßig um etwa 10 vH erhöht haben. Wahrscheinlich werden auch die hohen Steigerungsraten der Jahre 1956 und 1957 zum Teil durch Preiserhöhungen bedingt gewesen sein; in der Tat deutet der beträchtliche Rückgang der Preisausgleichszahlungen in diesen beiden Jahren — 1955 rd. 3,4 Mrd. DMO, 1956 und 1957 je rd. 2,6 Mrd. DMO — sehr stark auf Erhöhung der Exportpreise. Im einzelnen ist über die Höhe der Preise selbst relativ wenig bekannt, gewisse Angaben aus der Statistik der Sowjetunion lassen jedoch erkennen, daß sich seit 1955 im Durchschnitt die Preise, die die Sowjetunion im Exporthandel mit den Ostblockstaaten bezahlt hat, erhöht haben.

Für die Außenhandelsstatistik der SBZ muß jedoch auch berücksichtigt werden, daß durch die Änderungen in der Abrechnung des Uranerzbergbaues seit 1955 gewisse Exportkategorien neu in der Außenhandelsstatistik erscheinen, Exporte, die früher als Teil der Reparations- und Besatzungslasten nicht als solche erfaßt worden sind. Diese Exporte können auf Grund der sowjetischen Importstatistik im Jahre 1956 mit

etwa 0,35 Mrd. Rubel und im Jahre 1957 mit etwa 0,75 Mrd. Rubel beziffert werden. Hierdurch erscheinen die obengenannten Zuwachsraten der Außenhandelsumsätze etwas aufgebläht. Bei Ausschaltung der Uranerzexporte ergeben sich aber dennoch Steigerungsraten von rd. 8 vH für 1956 und 21 vH für 1957, die immer noch beträchtlich höher sind als die Zunahme des Produktionsvolumens.

Innerhalb der Struktur der Umsätze des Außenhandels nach Erzeugnisgruppen haben sich einige bemerkenswerte Änderungen ergeben. Auffallend erscheint zunächst der nicht unbeträchtliche Rückgang des Anteils der metallverarbeitenden Industriezweige an den Exportumsätzen, während sich die Exporte der Grundstoffindustriezweige und insbesondere die der Konsumgüterindustriezweige erhöht haben. Auch hier aber ist die Einbeziehung der Uranerzexporte in die Außenhandelsstatistik zu berücksichtigen, nach deren Ausschaltung sich die Anteilssziffern für die metallverarbeitende Industrie weniger stark verändert haben, während sich der Anteil der Grundstoffindustrie rückläufig zeigt und der der Konsumgüterindustrien sich entsprechend stärker erhöht hat.

Innerhalb der Exportzahlen der metallverarbeitenden Industriezweige hat sich dann der Export ganzer Industrieanlagen auch anteilmäßig beträchtlich erhöht, der Schwermaschinenbau aber, und auch Schiffs- und Fahrzeugbau sind beträchtlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben. Offiziell wird die Exportzunahme von lohnintensiven Exportgütern gegenüber solchen mit hohem Materialanteil besonders hervorgehoben. Der anteilmäßige Rückgang des Maschinenbaus überhaupt hängt insbesondere damit zusammen, daß die SBZ selbst einen erhöhten Bedarf zur Durchführung ihres eigenen Investitionsprogramms berücksichtigt hat. Nach den Angaben zum Plan für 1959 wird aber im kommenden Jahre möglicherweise der Anteil wieder etwa die Höhe des Jahres 1955 erreichen¹⁾.

Die Veränderungen in der Warenstruktur der Importe folgen der Tendenz nach den natürlichen Bedürfnissen eines expandierenden Industrielandes und zeigen eine wesentlich stärkere Steigerung der Einfuhren von Rohstoffen und Investitionsgütern gegenüber einer schwächeren Steigerung der Einfuhr von Konsumgütern und Lebensmitteln. Sehr erheblich gestiegen und jetzt auch anteilmäßig stark ins Gewicht fallend sind die Maschinenimporte. Ihr Anteil wird weiter steigen, denn der Plan für 1959 sieht eine Steigerung der Einfuhr von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie um 34,8 vH zur „Realisierung“ des eigenen Investitionsprogramms vor. Der Maschinenimport wird damit auf fast 25 vH der gleichzeitigen Exporte der metallverarbeitenden Industriezweige ansteigen, ein Umstand, der im wesentlichen mit der Abstimmung der Produktionsprogramme durch den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zusammenhängt. Bei der während des gesamten Zeitraumes bekanntlich ungenügenden Versorgung mit Konsumgütern ist die Konsumgüterimport offensichtlich künstlich gedrosselt worden. Erst 1959 wird nach der Streichung der Besatzungskosten neben dem Rohstoffimport auch der Konsumgüterimport stärker berücksichtigt werden können.

¹⁾ Die mitteldeutschen Maschinenexporte haben bekanntlich erhebliche Bedeutung für die gesamte Ostblockwirtschaft. Die Sowjetunion z. B., die 1957 fast 70 vH aller mitteldeutschen Maschinenexporte aufgenommen hat, konnte damit etwas mehr als 2,5 vH ihrer gesamten Brutto-Ausrüstungsinvestitionen decken.

Die Struktur des mitteldeutschen Außenhandels
1955 und 1958

(einschl. Interzonenhandel) nach Warengruppen

Warengruppen	in vH der Gesamteinfuhr bzw. -ausfuhr		Werte 1955 = 100	
	1955	1958		
Ausfuhr				
Schwermaschinenbau	14	10	106	
Allg. Maschinenbau	11	9	121	
Komplette Anlagen	6	8	197	
Schiffbau	7	5	106	
Fahrzeugbau	9	7	115	
Elektrotechnik	7	6	127	
Feinmechanik/Optik	6	6	147	
Metallverarbeitende Industrie . .	60	51	126	
Grundstoffindustrie	29	31	158	
Textilindustrie	4	5	184	
Glas und Keramik	2	2	148	
Sonstige Leichtindustrie	4	6	221	
Nahrungs- u. Genußmittelind., Land- und Forstwirtschaft . . .	2	4	300	
Gesamtausfuhr	100	100	148	
Einfuhr				
Bergbau	17	16	135	
Metallurgie	15	20	191	
Chemie	6	6	143	
Maschinenbau	5	12	344	
Grundstoffe u. Investitionsgüter	43	54	180	
Textilindustrie u. Textilrohstoffe	14	10	103	
Sonstige Leichtindustrie	5	6	172	
Nahrungs- u. Genußmittelind., Land- u. Forstwirtschaft . . .	38	30	113	
Zusammen	57	46	116	
Gesamteinfuhr	100	100	144	
<i>Quelle: „Der Außenhandel und der Innerdeutsche Handel“ 1959, Heft 4/5.</i>				
<i>Anmerkung zur Struktur der Exporte: Obige Zahlen enthalten auch die seit 1956 erstmals in der Außenhandelsstatistik erscheinenden Uranerzexporte. Ohne Uranerzexport zeigt die Entwicklung ein etwas anderes Bild (Zahlen ohne Uranerz in Klammern):</i>				
Anteil der	1955	1956	1957	1958
metallverarbeit. Industrie	60	57 (61)	48 (54)	51 (57)
Grundstoffindustrie	29	43 (39)	52 (46)	31 (24)
Sonstige	11			18 (19)
Kleine Differenzen ergeben sich aus der Abrundung der Zahlen.				